

Achtung Mogelpackung - Ein Warnhinweis zum Abkommen des Pariser UN-Klimagipfels von der Klimabewegung ausgeCO2hlt

Dorothee Häußermann

»Grüner geht's nicht« titelte die *tageszeitung* zum Ergebnis des UN-Klimagipfels in Paris im letzten Dezember. Das Klimaabkommen wurde von Politik, Medien und auch einigen Umweltorganisationen weit hin als Erfolg bewertet, oder zumindest als Schritt in die richtige Richtung. Doch Teile der Klimabewegung stehen dem UN-Prozess immer noch äußerst kritisch entgegen. Gruppen wie *ausgeCO2hlt* oder *Ende Gelände* weisen darauf hin, dass Klimaschutz weiterhin »Handarbeit« sei. Sie rufen die Zivilgesellschaft dazu auf, selbst Verantwortung zu übernehmen und Braunkohlebagger im Rheinland und in der Lausitz zu blockieren. Warum?

Das 1,5 Grad Ziel heißt: sofortiger Kohleausstieg

Im Pariser Abkommen wird zum ersten Mal das 1,5 Grad-Ziel erwähnt. Doch um dieses Ziel zu erreichen, wären drastische Emissionsreduktionen erforderlich. Die freiwilligen Reduktionsziele der einzelnen Staaten führen jedoch zu einer Erwärmung von 2,7 bis 3,7 Grad – also in einen Zustand, der wiederum katastrophale Veränderungen der Klimasysteme mit sich bringen kann. Denn schon durch kleine Störungen können selbstverstärkende Prozesse angestoßen werden, die unumkehrbar sind (»Kipp-Punkte«). So könnte z.B. das Methan freigesetzt werden, das in Methanhydraten im Meeresboden vergraben liegt und die Atmosphäre über den Zeitraum von Jahrtausenden zusätzlich erwärmen.

Wie wir gerade erleben, bringt schon eine Erwärmung von *einem* Grad verheerende Folgen mit sich, wie Artensterben, Gletscherschmelzen, Dürren und Ressourcenkriege, vor allem im globalen Süden. Um das 1,5 Grad-Ziel noch mit einiger Wahrscheinlichkeit erreichen zu können, müsste der weltweite Ausstieg aus den fossilen Energien spätestens zwischen 2025 und 2030 passieren. Das lässt uns nicht viel Zeit – vor allem, wenn wir davon ausgehen, dass die westlichen Industrieländer beim »Abschalten« vorangehen sollten. Im Rheinland werden jedoch weiter Wälder abgeholzt und Dörfer abgebaggert, um die Braunkohletagebaue zu erweitern – laut Plan bis Mitte des Jahrhunderts – und im Lausitzer Revier wird ein neuer Investor für das vorsintflutliche Kohlegeschäft gesucht. Das dürfen wir nicht weiter tatenlos mit ansehen. Wir müssen das verbleibende Zeitfenster nutzen, um den umgehenden Ausstieg aus der Kohlekraft durchzusetzen – auch mit zivilem Ungehorsam.

Der Fehler liegt im System

Auch die »Klimaschutz«-Maßnahmen selbst, mit denen im UN-Prozesse gearbeitet wird, sind hochproblematisch. Innerhalb von Kompensationsprojekten, wie dem »Clean Development Mechanism« können Unterneh-

men in Industrieländer ihre Emissionen ausgleichen, in dem sie Emissionsrechte von »grünen« Projekten im globalen Süden einkaufen, die CO₂ einsparen. Das kann ein Wasserkraftwerk sein, eine Monokultur-Plantage mit Energiepflanzen oder auch ein »sauberes« Kohlekraftwerk. Die »Einsparung« wird aus dem Vergleich mit einer Zukunft errechnet, die als CO₂-intensiver angenommen wird als eine Zukunft mit Offset-Projekt. Übertragen wir diese Logik auf die Ebene des privaten Verbrauches, hieße das, dass eine Person CO₂ spart, wenn sie für einen Städtetrip nach London fliegt anstatt nach New York. Für diese Einsparung bekommt sie ein Klimaschutz-zertifikate gutgeschrieben, die sie an eine andere Person verkaufen kann, so dass diese weiter fliegen darf, obwohl sie ihr Budget schon überschritten hat.

Abgesehen davon, dass sie auf einer bizarren Logik basieren, sind CDM-Projekte häufig Mega-Anlagen, die Profit für multinationale Konzerne generieren, aber der der lokalen Bevölkerung weder Elektrizität noch Arbeitsplätze bringen; die sogar dazu führen, dass Menschen aus ihren Dörfern und Wäldern vertrieben werden oder unter gesundheitlichen Belastungen leiden.

Klimagerechtigkeit statt Grünem Wachstum

Es gilt nun, sich nicht von der allgemeinen grünewaschenen Rhetorik einlullen zu lassen, sondern zu prüfen, welche Werte hinter verschiedenen Begriffe von »Klimaschutz« stecken. Geht es um Maßnahmen, mit denen Konzerne ihre Emissionen schön rechnen wollen? Führen sie zur Verfestigung von bestehenden Machtverhältnisse und Ungleichheiten? Oder tragen sie dazu bei, die Ursachen unseres exzessiven Ressourcenverbrauchs zu bekämpfen?

Es liegt an uns, all die Themen zu bearbeiten, die in Paris nicht auf dem Tisch lagen: Wie organisieren wir eine Wirtschaft, die nicht auf unendlichem Wachstum basiert, sondern die das »Gute Leben aller« zum Ziel hat? Wie verhindern wir Kriege und Konflikte um knapper werdende Lebensgrundlagen? Wie entgegnen wir Ausgrenzung – ob im Mittelmeer oder in unseren eigenen Städten? Wie meistern wir die Krise solidarisch?

Dafür brauchen wir »die Bewegung aller Bewegungen« – den Zusammenschluss von Friedensinitiativen, der Anti-Kohle-Bewegung, antirassistischen Gruppen und vielen anderen zu einer gemeinsamen Klimagerechtigkeitsbewegung – oder wie immer sie sich nennen mag.

Passen wir auf, dass wir nicht auf Mogelpackungen hereinfallen. Nur wo »sofortiger Kohleausstieg« und soziale Gerechtigkeit drin stecken, darf »Klimaschutz« drauf stehen.

Autorin

Dorothee Häußermann ist freiberufliche Referentin, Aktivistin und Autorin. Sie ist seit 2009 in Gruppen aktiv, die sich für Klimagerechtigkeit und sofortigen Kohleausstieg einsetzen, vor allem bei [ausgeCO2hlt](#) oder der Attac AG Energie, Klima, Umwelt. Ansatzpunkt ist dabei das rheinische Braunkohlerevier bei Köln – mit drei Tagebauen und vier Großkraftwerken die größte CO₂-Quelle Europas. Mit ihren Mitstreiter/innen organisiert sie Klimacamps, Aktionen des zivilen Ungehorsams rund um die Tagebauinfrastruktur, aber auch Vernetzungstreffen, Vortragsreihen oder Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Wachstumskritik und alternativen Wirtschaftskonzepten.

Kontakt

Dorothee Häußermann

[ausgeCO2hlt](#)

E-Mail: info@ausgeco2hlt.de

www.ausgeco2hlt.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de